



Nach und vor den Wahlen

Erfolgreiche Politik des AKSH hängt von einer starken SPD ab

Die Wahlen in Sachsen-Anhalt haben das erwartete Beben bei allen demokratischen Kräften in Deutschland ausgelöst. Das dramatische Erstarken der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt bis kurz vor die absolute Mehrheit, der gleichzeitige dramatische Absturz der CDU, die ihren Rang mehr als halbiert, verlangen nach plausiblen Erklärungen.

Die SPD zieht entgegen mancher Wahlkampf-Prognosen als drittstärkste Kraft ungefährdet in den Landtag ein und kann ihr vorheriges Ergebnis vor 5 Jahren sogar leicht steigern. Sie hat 32.000 Zweitstimmen mehr erhalten als vor 5 Jahren. Es folgen in geringem Abstand Grüne und Linke. Das bundesweit komplett zerstrittene BSW hat es in den Landtag geschafft und könnte einen Ministerpräsidenten aus dem rechtsradikalen Lager zur Mehrheit verhelfen.

Welche Lehren ziehen wir aus diesem Wahlergebnis?

Kurzfristig, dass Wahlkämpfen sich für uns auszahlt. Auch Unterstützung der wahlkämpfenden SPD über die Landesgrenzen hinweg. Aber deutlich wird auch: das sehr starke Anwachsen der Wählerbeteiligung kam zwar auch der SPD oder den anderen demokratischen Parteien zugute, aber zum erheblichen Teil eben der AfD. Es geht also bis zu den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern darum, neben der Stabilisierung der eigenen „Stammwählerschaft“ die bislang zurückhaltenden Nichtwähler*innen anzusprechen, damit sie wählen gehen, aber nicht im Lager der Wut-Wähler*innen landen.

Wahr ist aber auch: die Situation der SPD hat sich nach diesen Wahlen nicht verändert. Kurzschlussreaktionen, die die Lösung für die SPD allein im Auswechseln des Spitzenpersonals sehen, greifen nach unserer Auffassung zu kurz – und helfen weder in Berlin noch Mecklenburg-Vorpommern im Wahlkampf. Welche Zukunftsvision wir als SPD entwickeln, wird die Zukunftsfähigkeit unserer Partei entscheiden. Wir als AKSH sind bei dieser Diskussion dabei – glauben wir doch, mit säkularen und humanistischen Themen und Sichtweisen eine visionäre Kraft entwickeln zu können.

Gegen Extremisten hilft nur eine stabile Demokratie. Jetzt gilt es viele soziale und säkulare Demokraten zu aktivieren und zur Mitarbeit zu bewegen, die mit uns gemeinsam den Kampf gegen Rechts aufnehmen.

Sei dabei! Du findest in diesem Newsletter und auch auf der Website des AKSH (www.spd.aksh.de) genug Möglichkeiten, Dich einzubringen.

Gerhard Lein und Sabine Smentek,
Co-Sprecher*innen des AKSH



Jahrestagung 2026 des AKSH in Hannover

Nach den Herbst-Wahlen

Wie geht es weiter mit der SPD?

**Was kann der AKSH zur Stärkung der
Sozialdemokratie beitragen?**

Mehr Fragen als Antworten.... Gemeinsam wollen wir am Samstag, 7. November über nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft der SPD diskutieren. Viele von uns gehören der Partei seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten an. Nicht immer reicht die Kenntnis der Geschichte aus, um Zukunft zu gestalten. Gemeinsam mit Expert*innen in- und außerhalb der SPD wollen wir die Ergebnisse der drei Herbstwahlen analysieren und Schlussfolgerungen für die Zukunft der SPD ziehen. Wir glauben, dass gerade wir als säkulare und humanistische Kraft in der SPD einen Beitrag für eine erfolgreiche sozialdemokratische Zukunftsvision leisten können – und müssen. Zunächst werden Fachleute einen „Blick von außen“ auf die dann hinter uns liegenden Landtagswahlen werfen bevor wir uns damit befassen, wie wir unsere Partei aus säkularer Perspektive unterstützen können. Anschließend werden wir diskutieren und unsere Arbeitsplanung für nächstes Jahr erarbeiten. Es gibt viel zu tun!

Deshalb brauchen wir Dich!

Jahrestagung in Hannover

6./7. November 2026

**Kurt-Schumacher-Haus,
Odeonstraße 15**

Freitag, 6. November 2026

von 11.00 Uhr – ca. 17.00 Uhr

**Fachtagung des AKSH „Ethik-
Religionskunde gemeinsam“**

Samstag, den 7. November 2026

von 11.00 Uhr – ca. 17.00 Uhr

**Jahrestagung:
gemeinsam gegen Rechts**

Sicherlich wird es am Freitag
Abend auch ein nettes
Zusammensein in einer Kneipe in
Hannover geben.

Eine offizielle Einladung folgt.

**Ab sofort könnt ihr Euch schon
für einen oder beide Tage
anmelden mit Mail an
Sabine (smentek@smentek.net)
oder
Gerhard (post@gerhardlein.de).**



Fachtagung am 6. November 2026:

Ethik-Religionskunde gemeinsam

Eine Reform des bekenntnisgebundenen Religionsunterrichts ist überfällig. Als einziges Schulfach ist er im Grundgesetz abgesichert, obwohl die Bildungspolitik Ländersache ist. Ein philosophisches Alternativfach muss hingegen - bis auf Bayern! – nicht angeboten werden. Religiöse Pluralisierung, Säkularisierung und Entkirchlichung schreiten weiter voran. Die Zahl der Schüler, die an diesem freiwilligen Schulfach teilnehmen, geht kontinuierlich zurück. Ziel sollte ein Werteunterricht für Toleranz und Demokratieerziehung sein, der auch religionskundliche Elemente enthält.

Im Rahmen der Jahrestagung des AKSH laden wir nach Hannover ein. Mit sechs Fachleuten wollen wir darüber beraten, welche Bedeutung ein gemeinsames Wertefach „Ethik/ Religionskunde“ für die Programmdiskussion der SPD gewinnen kann. Dabei soll es nicht nur um wünschenswerte Fachinhalte gehen, sondern auch um denkbare und rechtlich gangbare Entwicklungspfade.

Zwei Modelle stehen derzeit zur Diskussion: Ein schrittweiser Ausbau des philosophischen Alternativfachs oder eine Weiterentwicklung des multireligiösen Hamburger „Religionsunterricht für

alle“, der allerdings rechtlich umstritten ist. Das „Berliner Modell“, das verpflichtend gemeinsamen Ethikunterricht für alle vorsieht, sowie freiwillig Religion oder humanistische Lebenskunde, wäre nur mit einer Grundgesetzänderung realisierbar. Neben erklärten Befürworter*innen einer Reform haben wir auch die beiden großen Kirchen sowie einen Vertreter des islamischen Religionsunterrichts eingeladen. Von den letzteren haben die evangelische Kirche sowie ein islamischer Vertreter bereits zugesagt.

Eine alte freidenkerische Kritik gilt der alleinigen Finanzierung durch den Staat; hinzu kommen aktuell die bildungs- und sozialpolitischen Problempunkte: Förderung von separierenden Gruppenidentitäten und religiöse Primärsozialisation durch die staatliche Schule, was auch nach der Binnenlogik des neueren Konfessionsunterrichts nicht geht, da er i.d.R. eine familiäre religiöse Prägung voraussetzt.

Die Tagung ist auch für interessierte Nichtfachleute offen.

Johannes Schwill, Gerhard Lein

AKSH.digital.bundesweit - 25. September 2026, 18.00 Uhr



Arbeitsrecht in den Kirchen

Mit Hintergründen und aktuellem Stand des besonderen Arbeitsrechts in Kirchen sowie anderen Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen befasst sich der Vortrag von Bundesrichter a.D. Bertram Zwanziger in unserem Online-Meeting am 25. September 2026. Dr. Bertram Zwanziger war Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht. Außerdem gehörte er dem Thüringer Verfassungsgerichtshof an.

Vor allem die Kirchen und ihre Einrichtungen wie Diakonie und Caritas nehmen für sich traditionell eine Reihe von Sonderrechten im Arbeitsverhältnis in Anspruch. Das fängt mit stark ausformulierten Loyalitätspflichten an, geht mit dem gesetzlichen Ausschluss von Betriebs- und Personalräten sowie Mitbestimmungsrechten in Aufsichtsräten weiter und endet damit, dass Arbeitskämpfe und Tarifverträge unter gewissen Umständen ausgeschlossen werden, wenn die Kirche ein Regelungssystem durch arbeitsrechtliche Kommissionen und als neutral verstandene Schlichtungsstellen im „Dritten Weg“ einführt.

Zugangslink und weitere Informationen auf: <https://aksh.spd.de/termine>



Recht und Ethik am Ende des Lebens

Ein selbstbestimmter Tod kann trotz einer Medizin, die unser Leben um viele Jahre verlängern kann, eine lebenswerte Entscheidung sein. Aber wer darf, wer soll mit Blick auf Selbstbestimmung und Würde entscheiden, welche Leiden ertragbar sind und welche nicht?

Die SPD-Arbeitsgemeinschaften ASJ, ASG und 60 plus laden gemeinsam ein zu einer informations- und Diskussionsveranstaltung mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, sozialen und kirchlichen Verbänden sowie aus Einrichtungen, die Menschen auf dem letzten Weg begleiten und unterstützen wollen.

Willy-Brandt-Haus Berlin am 22. September 2026 von 17 bis 20 Uhr

Anmeldung zur Teilnahme in Präsenz im WBH oder Online ist bis zum 17.09.26 möglich.

[Ausführliche Information und Anmeldelink](#)

Schule wie zu Kaisers Zeiten



Museumklassenraum in der „Katholischen Nikolausschule“ in Bonn © Stadt Bonn

Kindern konfessionsfreier Eltern darf der Besuch der nächstgelegenen Grundschule nicht verweigert werden. Auch an sog. „Katholischen Grundschulen“ dürfen Katholiken nicht bevorzugt werden. Mit diesem Urteil hat das Oberverwaltungsgericht Münster die Entscheidung der katholischen Schulleiterin der Nikolaus-Grundschule in Bonn aufgehoben und damit seine bisherige Rechtsauffassung geändert. Noch immer gibt es in NRW sog. „Bekenntnisschulen“, in denen die Schulleitung nur an Personen vergeben wird, die die entsprechende Kirchensteuer bezahlen, obwohl die Kirchen keinen Cent zum Fortbestand der fast 800 „katholischen Grundschule (KGS)“ und 89 „Evangelischen

Grundschule“ (EGS) beitragen. Auch diese Grundschulen werden in NRW ausschließlich von der jeweiligen Kommune finanzieren. Die Lehrergehälter bezahlt das Land.

Die Schulen beruft sich auf die Genehmigung von Kaiser Wilhelm I. in seiner Eigenschaft als preußischer König vor über 150 Jahren. Aber die Zeiten der Monarchie sind vorbei. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat also zu Recht entschieden. Es kann nicht sein, dass die Kirchen, die auch im Rheinland inzwischen zu den religiösen Minderheiten gehören, den Schulbesuch von Kindern davon abhängig machen, dass ihre Eltern Kirchensteuer bezahlen, obwohl diese Eltern durch ihre allgemeinen Steuern ohnehin auch diese Schule mitfinanzieren.

Norbert Reitz

Staffelstab beim AKSH Bonn übergeben

Mit dem Entwurf eines Jahresprogramms begann das neue Sprecherteam des AKSH Bonn seine Arbeit. Gisela Gebauer-Nehring, die als Gründungsmitglied bereits dem Initiativarbeitskreis Säkularität und Humanismus angehörte hatte, übergaben die Arbeit im Bonner AK nun in jüngere Hände. Gemeinsam mit ihrem Mann Dr. Klaus Gebauer war sie viele Jahre in Bonn und NRW für die Säkularen in der SPD aktiv. Ihr Antrag, alle Bekenntnisschulen in NRW in Kommunale Schulen umzuwandeln machte der Landespartei-tag schon vor Jahren verbindlich für die NRWSPD.

Die parteiöffentliche Sitzung der Bonner hatte mit der Präsentation des AKSH-Videos „[Kirchensteuer oder Staatsleistungen](#)“ begonnen, dem eine engagierte und ausführliche Diskussion mit Norbert Reitz, dem Autor des Videos folgte. Weitere Veranstaltungen über das Thema des Videos sind auch in anderen Regionen geplant.



Gisela Gebauer Nehring MdL a.D. und Dr. Klaus Gebauer mit dem neuen Sprecherteam Feza Inan (links) und Ulrich Hoyer (rechts). Der dritte Sprecher Gregor Seferens musste sich aus persönlichen Gründen entschuldigen. Foto Horst Opolka

Stimme für Konfessionsfreie im Saarland



In der ISAH-Gründungsversammlung wurden gewählt (v.l.n.r.): Werner Röhrig (Vorsitz), Isabel Bicker (Stv.) und Joachim Steffen (Schatzmeister)
Foto: privat

Das Saarland ist trotz voranschreitender Säkularisierung gesellschaftlich und politisch noch stark kirchlich geprägt. Dennoch gehören über 30 Prozent der Saarländerinnen und Saarländer keiner Konfession an.

Diesem Teil der Bevölkerung möchte die überparteiliche „Initiative Säkularität, Aufklärung und Humanismus Saarland ([ISAH Saarland](https://www.isah-saarland.de))“ eine kritische, säkulare und humanistische Stimme verleihen. Der im August ge-gründete überparteiliche Verein setzt sich für die weltanschauliche Neutralität des Staates ein und fordert eine bessere Berücksichtigung der Belange

nicht religiöser Menschen in Bildung, bei ethischen Debatten sowie bei der Repräsentanz in öffentlichen Gremien.

ISAH Saarland versteht sich ausdrücklich nicht als religionsfeindlich, sondern als Stimme für eine offene und pluralistische Gesellschaft. Sie befürwortet z.B. die Einführung nichtkonfessioneller Religionskunde oder eines Ethikunterrichts bereits in der Grundschule, setzt sich ein für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und am Lebensende und fordert einen kritischen Umgang mit religiösem Fundamentalismus. Der „Gottesbezug“ der 2026 neu geschaffene Präambel der Saarländischen Verfassung offenbart nach Auffassung der Initiative eine bedenkliche Verflechtung von Religion und Politik.

Welche Zukunft hat die Kirchensteuer?

WELCHE ZUKUNFT HAT DIE KIRCHENSTEUER?

PODIUMSDISKUSSION



Björn Franken
MdB, CDU
Ingrid Matthäus-Maier
MdB a.D., SPD
Manfred Leufkens
Kirche an der Sieg



Moderation:
Dr. Frank Vogelsang
Ev. Akademie
im Rheinland

8. Oktober
um 19.00 Uhr
Christuskirche Hennef
Beethovenstraße 44



Wir wollen miteinander reden und nicht nur übereinander. Unter diesem Motto veranstaltet die evangelische Kirchengemeinde Hennef und Uckerath erstmals gemeinsam mit dem AK Säkularität und Humanismus im Rhein-Sieg-Kreis eine Veranstaltungsreihe.

Sie beginnt am 23. September mit einem Vortrag von Prof. Christian Hillgruber (Direktor des Instituts für Kirchenrecht an der Universität Bonn) über Religionsfreiheit im demokratischen Verfassungsstaat.

Ingrid Matthäus-Maier, (SPD-MdB a.D.), Björn Franken (CDU-MdL) und Manfred Leufkens von der Freikirche an der Sieg diskutieren über die

Zukunft der Kirchensteuer. Moderiert wird die Diskussion am 8. Oktober von Dr. Frank Vogelsang von der Evangelischen Akademie im Rheinland.

DIE RELIGIONSFREIHEIT IM DEMOKRATISCHEN VERFASSUNGSSTAAT



Vortrag & Diskussion:
Christian Hillgruber (Uni Bonn)

23. September
um 19.00 Uhr
Christuskirche Hennef
Beethovenstraße 44



Buchtipps



Verlag J.H.W.Dietz
416 Seiten, 28,00 €
978-3-8012-0712-0

Wenn sich die politische Geschichte der Bundesrepublik seit den 1960er-Jahren in einer Biografie wiederfindet, dann in der des Intellektuellen, Historikers und bekennenden Sozialisten **Peter Brandt** – des ältesten Sohns von Willy Brandt. Peter Brandt, Prof. für deutsche und europäische Geschichte, führt mit zahlreichen berühmten Stationen durch die Bonner Republik.

Er engagierte sich als Publizist für politische Projekte und Friedensinitiativen, die oft umstritten waren. Seine Positionen zu Volk, Staat und Nation gelten heutzutage für einen »Linken« eher als ungewöhnlich. Doch was Brandt für richtig und wichtig hält – dem bleibt er treu, auch wenn sich vieles änderte.



Alibri, 10/2026
978-3-86569-459-1
Hrsg. Eva Creutz
160 Seiten, 20,00 €

Jacques Tilly stellt sein künstlerisches Schaffen seit Jahr-

zehnten unbeirrbar und unter Inkaufnahme heftiger persönlicher Anfeindungen in den Dienst der offenen Gesellschaft. Er hat den Karneval politisiert und nutzt seit über 40 Jahren die Bühne des Rosenmontags, um vor hunderten Tausenden Menschen am Straßenrand seine scharfe und pointierte Ideologiekritik zu inszenieren. Er scheut keine Konfrontation mit Staatsmacht oder einflussreichen Institutionen: Ein Moskauer Gericht verurteilte ihn im April 2026 zu einer Haftstrafe von achteinhalb Jahren Straflager wegen „Falschinformationen über das russische Militär“ und „Verletzung religiöser Gefühle“ durch seinen putinkritischen Wagen. Das Buch enthält Bilder und Texte zu vielen politischen Wagen aus den Jahren 2021 bis 2026 sowie zu der Farce um seine Verurteilung durch den russischen Staat.



Verlag C.H. Beck
23,00€/e-Book 19,99€
978-3-406-84923-7

Wie bleibt man stabil in den neuen autoritären Zeiten? Indem man sich nicht einreden lässt, dass Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus einfach nur andere Meinungen seien. **Ilko-Sascha Kowalczyk** blickt in diesem Buch auf die inneren Mechanismen des Rechtsrucks. Er zeigt, wie und warum die DDR-Vergangenheit verharmlost wird, wie die Ostdeutschtümelei die Demokratie unterminiert und warum die Freiheits-

feinde in der Regel Putin-Freunde sind. Insbesondere die DDR-Geschichte ist ein Schlachtfeld, auf dem um die Akzeptanz autoritärer Staatsvorstellungen gerungen wird. Kowalczyk will Argumente liefern für den ewigen Kampf um Freiheit und Demokratie.



ISBN: 978-3-86408-385-3, 198 S., 16 Euro
Vergangenheitsverlag, Berlin

Mit Demokratiegeschichte legt **Wolfgang Schmale** eine ebenso originelle wie aktuelle Neubestimmung der Demokratiegeschichte vor. Er versteht Geschichte nicht als bloße Chronologie vergangener Ereignisse oder als Erfolgserzählung stetigen Fortschritts. Vielmehr entwickelt er – ausgehend von Jacques Derridas Gedanken zur „essentiellen Geschichtlichkeit der Demokratie“ – ein theoretisches Modell, das Geschichte selbst als Wesenselement demokratischer Ordnung begreift. Demokratie besitzt nach Schmale die besondere Fähigkeit, sich selbst kritisch zu hinterfragen, historische Erfahrungen aufzunehmen und sich dadurch immer wieder neu zu legitimieren. Gerade diese Offenheit macht ihre Stärke – aber auch ihre Verletzlichkeit – aus.

Weitergabe des Newsletters an Interessierte erlaubt und erwünscht!
Informationen auf unserer Website aksh.spd.de – bei Interesse [hier](#) anmelden.